



Am Montag im Kantonsrat

Zürich, 22.11.2024

Vorschau auf die Kantonsratssitzung vom Montag, 25. November 2024

Fokusthema: **Bauen**

Der Zürcher Kantonsrat wird am Montag nach einer unumstrittenen Wahl die Debatte über eine Anpassung des Energiegesetzes bezüglich Klimaschutz, die in der KEVU umstritten war, fortsetzen. Nach einem unumstrittenen Objektkredit beantragt die KPB, als Kompromisslösung zwei PI anzunehmen, mit denen die Vorschriften zum Bau von Parkplätzen geändert werden sollen. Und schliesslich stehen drei Postulate betreffend Axpo zur Abschreibung auf der Traktandenliste.

Teilrevision des Energiegesetzes betreffend Klimaschutz soll genehmigt werden

Eine längere Debatte ist zu einer Änderung des Energiegesetzes betreffend Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel zu erwarten. Der Kantonsrat hat Ende Oktober in erster Lesung mit der Beratung begonnen, die am Montag fortgesetzt wird. Mit 101 zu 76 Stimmen trat der Rat auf die Vorlage ein und beriet in der Folge verschiedene Minderheitsanträge zu § 1a. Dabei folgte der Rat allen Anträgen der vorberatenden Kommission, insbesondere bei der Frage, bis wann die Treibhausgasneutralität im Kanton Zürich erreicht werden soll – mit der Formulierung «bis 2040, spätestens aber bis 2050». Gemäss Kantonsverfassung haben sich der Kanton und die Gemeinden für die Begrenzung des Klimawandels und dessen Auswirkungen einzusetzen. Um diesen Auftrag zu erfüllen, beantragt der Regierungsrat dem Kantonsrat, verschiedene Massnahmen für den Klimaschutz und für Anpassungen an den Klimawandel im Energiegesetz zu verankern. Die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU) hat die Vorschläge der Regierung geprüft und den eigenen Vorstellungen angepasst und beantragt dem Kantonsrat mit 9 zu 6 Stimmen, der geänderten Gesetzesvorlage zuzustimmen ([5921](#)). Insgesamt gaben in der Kommission weniger die eigentlichen Massnahmen zur Zielerreichung zu reden als vielmehr die Frage, wie die Rollen zwischen Kanton und Gemeinden in Bezug auf die Massnahmenplanung und das Monitoring verteilt sein sollen. Um hierzu Klarheit zu schaffen, beantragt die Kommission, ausdrücklich ins Gesetz zu schreiben, dass sich die Massnahmenplanung an die Direktionen und die Staatskanzlei richtet. Die Mehrheit der Kommission möchte zudem, dass die Planung der Massnahmen und der Bericht über deren Umsetzung, genauso wie die Klimastrategie selber, durch den Kantonsrat genehmigt werden müssen.

KEVU-Präsident: Andreas Hasler (GLP, Illnau-Effretikon), 079 385 51 84

Minderheit: Ueli Bamert (SVP, Zürich), 079 742 60 21

Minderheit: Sarah Fuchs (FDP, Meilen), 076 405 29 72

Minderheit: Markus Bärtschiger (SP, Schlieren), 044 730 79 83

Minderheit: David Galeuchet (Grüne, Bülach), 079 784 31 39

Minderheit: Daniel Sommer (EVP, Affoltern a. A.), 079 223 61 62

Minderheit: Ruth Ackermann (Die Mitte, Zürich), 079 414 52 74

Objektkredit für Busspur in Fällanden und Dübendorf soll bewilligt werden

Keine lange Diskussion dürfte es zu einem Objektkredit von rund 5 Millionen Franken für den Bau einer Busspur in der Stadt Dübendorf und der Gemeinde Fällanden geben. Die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, diesen zu bewilligen ([5944](#)). Zur Verbesserung der Verkehrsabwicklung soll eine Busspur in Mittellage erstellt werden. Je nach Lastrichtung kann diese vom Bus Richtung Fällanden oder Richtung Dübendorf benutzt werden, um die Verlustzeiten der Buslinien zu minimieren.

KEVU-Präsident: Andreas Hasler (GLP, Illnau-Effretikon), 079 385 51 84

Kompromisslösung bei Vorgaben zum Bau von Parkplätzen

Die Kommission für Planung und Bau (KPB) hat bei der Vorberatung zweier parlamentarischen Initiativen (PI) einen bemerkenswerten Kompromiss bei den Vorgaben zum Bau von Parkplätzen gefunden. Sie beantragt einstimmig, auf die beiden PI, «Ausreichend Veloabstellplätze auf Liegenschaften» ([KR-Nr. 341/2019](#)) und «Erweiterung Zweckbindung Parkplatz-Ersatzabgabe» ([KR-Nr. 171/2020](#)) einzutreten. Die Vorlage legt den Fokus neu auf alle Verkehrsmittel. Mit der Flexibilisierung der Parkierungsmöglichkeiten sollen Bauherren und Grundeigentümer künftig die Möglichkeit erhalten, mit der Gemeinde sowohl bei Baueingaben als auch bei Nutzungsänderungen eine flexiblere Handhabung der Anzahl Abstellplätze zu finden. Zudem soll der Zweck des Ersatzabgabefonds auf die Mobilität erweitert werden. Grundsätzlich konnte sich die Kommission in wesentlichen Fragen einigen. Die Mehrheit der Kommission will eine Reduktion der Abstellplätze im Einzelfall ermöglichen unter der Bedingung, dass keine Verlagerung in den öffentlichen Raum stattfinden darf. Eine Minderheit aus SVP und SP will diese Regelung ohne die Verknüpfung an diese Bedingung. Auch über die Zugänglichkeit und die nützliche Entfernung von Abstellplätzen wurde intensiv diskutiert. Die Mehrheit der Kommission ist der Meinung, dass beides gewährleistet werden soll. Eine Minderheit (SP, GLP, Grüne) möchte ergänzend festhalten, dass für verschiedene Verkehrsmittel unterschiedliche Anforderungen an die Abstellanlagen gelten. Uneinig war sich die Kommission, ob alle Abstellplätze wie bisher grundsätzlich unterirdisch gebaut oder überdeckt werden sollen. Eine Minderheit aus SP, GLP und Grünen will diese Bedingung ausschliesslich auf Motorfahrzeuge beschränken und den Gemeinden die Möglichkeit geben, die Ausstattung der Abstellplätze bei Bedarf in der Bau- und Zonenordnung genauer zu regeln. Ausweiten möchte die Kommissionsmehrheit die Zweckbindung der Ersatzabgabefonds, sodass diese zugunsten der Mobilität verwendet werden dürfen. Eine Minderheit (Grüne) will die Zweckbindung gezielt auf die Förderung des Fuss- und Veloverkehrs ausweiten. Und eine weitere Minderheit (FDP) erachtet die Regelung im geltenden Recht als ausreichend.

KPB-Präsidentin: Barbara Franzen (FDP, Niederweningen), 079 946 52 15

Minderheit: Barbara Grüter (SVP, Rorbas), 044 865 42 18

Minderheit: Stephan Weber (FDP, Wetzikon), 079 441 40 00

Minderheit: Thomas Schweizer (Grüne, Hedingen), 079 434 36 23

Minderheit: Thomas Wirth (GLP, Hombrechtikon), 078 720 19 05

Drei Postulate zur AXPO sollen abgeschrieben werden

Sollte der Kantonsrat vor Ende der Sitzung noch dazu kommen, wird er sich mit der Abschreibung verschiedener Postulate beschäftigen. Uneinig war sich die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU), ob das dringliche Postulat von SP, SVP, Mitte, EVP und AL betreffend «Strategische Kontrolle über die AXPO stärken» direkt oder mit einer abweichenden Stellungnahme abgeschrieben werden soll ([KR-Nr. 330/2022](#)). Mit 8 zu 7 Stimmen hat sie sich für eine abweichende Stellungnahme ausgesprochen. Mit dem Postulat wurde gefordert, dass mindestens ein Regierungsrat den Kanton Zürich im AXPO-Verwaltungsrat vertreten soll. In seiner Antwort lehnte der Regierungsrat diese Forderung ab. Die Kommissionsmehrheit hält indes an der ursprünglichen Forderung fest. Die Minderheit der Kommission (GLP, FDP, Grüne, Mitte) beantragt, das Postulat direkt abzuschreiben. Einstimmig beantragt die KEVU derweil, das Postulat von SP, SVP, Mitte, EVP, AL und CSP betreffend «AXPO und EKZ: Versorgung durch erneuerbare Produktion der AXPO» ([KR-Nr. 331/2022](#)) wie auch das Postulat von SVP, SP und AL betreffend «AXPO: Versorgung der Eigerkantone stärker gewichten» ([KR-Nr. 332/2022](#)) als erledigt abzuschreiben. Das erste Postulat richtete sich an den Regierungsrat, das zweite an den Verwaltungsrat der EKZ. Die beiden Gremien wurden eingeladen aufzuzeigen, wie die EKZ zeitnah die von der AXPO produzierte Elektrizität direkt für die Versorgung der gebundenen Endverbraucher einsetzen können. In einer gemeinsamen Antwort auf beide Postulate wurde dargelegt, dass die EKZ verschiedene Möglichkeiten prüfen, um das Anliegen zu erfüllen.

KEVU-Präsident: Andreas Hasler (GLP, Illnau-Effretikon), 079 385 51 84

Minderheit abweichende Stellungnahme: Franziska Barmettler (GLP, Zürich), 079 796 61 55

Personelles:

Zu Beginn der Sitzung steht die Wahl eines neuen Mitglieds der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU) an ([KR-Nr. 328/2024](#)). Die Interfraktionelle Konferenz (IFK) schlägt Daniel Rensch (GLP, Zürich) als Nachfolger von Franziska Barmettler vor. Der Wahlvorschlag ist unumstritten.

IFK-Präsident: Markus Schaaf (EVP, Zell), 078 707 00 66

Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden. Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der [Traktandenliste](#) aufgeführt.

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrates geben:

Jürg Sulser, Kantonsratspräsident, 079 416 17 00

Ronny Nicolussi, Medienbeauftragter, 043 259 20 12